



Straßburg, 6. September 2007

Andreas Schwab (EVP-ED/CDU):

Schnellschuss bei EU-Spielzeugrichtlinie reicht nicht aus

Vor dem Hintergrund erneuter Rückrufaktionen von Kinderspielzeug hat der stellvertretende EVP-ED-Koordinator im EP-Binnenmarktausschuss, Andreas Schwab, die von EU-Kommissar Günter Verheugen angekündigte Überarbeitung der EU-Spielzeugrichtlinie als "im Grundsatz richtig" bezeichnet. Der CDU-Europaabgeordnete aus Baden-Württemberg warnte aber zugleich vor legislativen Schnellschüssen auf diesem Gebiet: "Aus meiner Sicht kann nur eine Kombination verschiedener Maßnahmen helfen, die Produktsicherheit bei Kinderspielzeug nicht nur zu gewährleisten, sondern auch nachhaltig zu verbessern. Deshalb werde ich mich in der Diskussion um die vom Kommissar angekündigten Revision der New Approach Verordnung dafür einsetzen, dass auch die Marktüberwachung an den EU-Außengrenzen weiter verstärkt wird", erklärte Schwab heute in einer ersten Reaktion in Straßburg.

Ferner müssten in Zukunft auch die Importeure von Spielwaren stärker zur Verantwortung gezogen werden, insbesondere dann, wenn es sich um Produkte aus solchen Ländern handelt, in denen bereits Mängel aufgetreten seien. So seien die Hersteller bisher für die Produktsicherheit alleine verantwortlich gewesen. Die EVP-ED-Fraktion werde sich aber jetzt dafür einsetzen, den neuen Verordnungsvorschlag der Kommission zum "new approach" im Binnenmarkt entsprechend abzuändern, denn dies würde nicht zuletzt die Sicherheit von Spielzeug zukünftig erhöhen.

Zudem müsse geprüft werden, so Schwab weiter, ob eine verpflichtende Dritt Zertifizierung nur für Spielzeug oder auch für andere sensible Verbraucherprodukte eingeführt werden kann. "Allerdings müssen diejenigen Unternehmen, die Waren beispielsweise aus China importieren, Verantwortung für die Sicherheit von Produkten im Rahmen ihres eigenen Qualitätsmanagements wahrnehmen. Am jüngsten Beispiel der Rückrufaktion bei Mattel hat sich ja deutlich gezeigt, dass die unternehmenseigenen Kontrollsysteme zumindest bereits in einigen Fällen funktionieren", sagte der EVP-Binnenmarktpolitiker. Schwab unterstrich in diesem Zusammenhang erneut die Bedeutung eines freiwilligen europäischen Sicherheitskennzeichens: "Die Einführung eines solchen Zeichens würde den Unternehmen die Chance bieten, sich im globalen Umfeld mit dem Aspekt der Produktsicherheit zu positionieren. Es würde zudem die notwendigen Standards europaweit in transparenter Weise erhöhen, ohne unnötige Bürokratie zu schaffen".

Für weitere Informationen:

Büro Dr. Andreas Schwab, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2837938
EVP-ED-Pressestelle, Knut Gölz, Tel.. +32 - 479 - 972144